

DER VORSTEHER  
DES  
EIDGENÖSSISCHEN  
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENTS

Bern, den 15. Oktober 1968.

*Für Teile die hier geäußerte  
ke Auffassung. Entw. Zus.  
abruft*

Herrn Bundespräsident Dr. W. Spühler,  
Vorsteher des Eidg. Politischen Departements,  
3003 B e r n .

Beziehungen zur DDR

Herr Bundespräsident,

Unter Bezugnahme auf Ihren Brief vom 30. September 1968 betreffend den Kontakt mit DDR-Funktionären\* gestatte ich mir, daran zu erinnern, dass im Einvernehmen mit Ihrem Departement und mit Zustimmung des Bundesrates anfangs Juni dieses Jahres in Zürich Besprechungen mit einer Delegation der DDR stattgefunden haben. Es wurden dabei die Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR in umfassender Weise erörtert. Abschliessend wurde festgehalten, dass die aufgeworfenen Probleme gegenseitig geprüft werden müssten und dass eine Wiederaufnahme des Gespräches im Herbst dieses Jahres in Aussicht genommen werden könnte, sofern die Prüfung ergebe, dass eine Fortsetzung nützlich wäre. Dabei wurde nicht präzisiert, von welcher Seite die Anregung für eine weitere Zusammenkunft auszugehen habe.

Unter den heutigen Umständen bin ich der Auffassung, dass vorläufig von schweizerischer Seite aus keine Schritte für die Wiederaufnahme der Besprechungen getan werden sollten. Ebenso wäre aber auch alles zu unterlassen, was eine Fortsetzung in einem späteren Zeitpunkt verunmöglichen würde. Sollte deshalb die DDR auf irgend einem Weg ihr Interesse an einer Weiterführung der Verhandlungen bekunden, so sollte keine Zurückweisung erfolgen, sondern die Anregung zur Prüfung entgegengenommen werden, damit der Bundesrat unter Berücksichtigung aller im gegebenen Zeitpunkt in Betracht zu ziehenden Umstände seinen Entscheid treffen kann.

\* Betrifft die grundsätzlichen Fragen des  
Vorgehens von DDR-Funktionären  
bei Bundesbehörden (siehe in diesem  
Brosch.)



- 2 -

Eine solche Haltung drängt sich auf, weil nach den in den letzten Jahrzehnten gemachten Erfahrungen zu erwarten ist, dass die öffentliche Meinung in der Schweiz früher, als man zurzeit annehmen könnte, wieder umschlagen und einer schrittweisen Normalisierung im Sinne von de facto-Beziehungen sich zuwenden wird. Eine auf langfristige Ziele ausgerichtete Politik erfordert deshalb, dass das einmal angeknüpfte Gespräch nicht abgebrochen wird. Die schweizerischen Verhandlungsleiter werden es in der Hand haben, das Tempo des Gesprächs unter laufender Anpassung an die politische Entwicklung zu bestimmen und die Problematik zeitweise zu "unterkühlen".

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

